Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

4.12.1874 (No. 283)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 18 in Karlsruhe.

Nro. 283. Erscheint täglich (Montag ausgen.). Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. Freitag 4. Dezember Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. 1874.

PC. Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Dec. Das Gesetz, betreffend die Anleihe von 13,787,553 Mark für Zwecke der Marineverwaltung (nebenbei soll auch die Telegraphenverwaltung 3,000,000 Mark erhalten), sowie der Marineetat wurden in der heutigen Reichstagssitzung ohne wesentliche Debatte an eine Commission verwiesen; der Chef der Admiralität, v. Stosch, erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Ausführung des Flottengründungsplanes wegen der Schwierigkeit, mit der Ausbildung der Mannschaften in gleicher Schnelligkeit vorzugehen, auf ein Jahr verzögert sei. Darauf ging das Haus zur Berathung des Etats des Reichskanzleramts über, bei welcher sich eine interessante Debatte über die Gründung eines Reichsjustizamtes entspann. Dieses Amt soll berufen sein, die in das Gebiet der Rechtspflege einschlagenden Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die übrigen Gesetzentwürfe, soweit eine Prüfung derselben vom juridischen Standpunkte aus geboten erscheint, zu begutachten, die Ausführung der Reichsjustizgesetze zu überwachen und die juristischen Angelegenheiten Elsaß-Lothringens zu entscheiden. Der Abg. Lasker war mit der Bildung dieses Reichsjustizamtes, da es die Centralisation fördert, selbstverständlich einverstanden, aber er wünschte es vom Reichskanzleramte losgelöst und zu einer selbstständigen Justizbehörde gemacht zu sehen. Der Präsident des Reichskanzleramtes Dr. Delbrück glaubte dagegen, daß das in Preußen unter Savigny gemachte Experiment eines selbstständigen Gesetzgebungsministeriums nicht wiederholt werden dürfe und ein solches Justizamt nur in lebendiger Verbindung mit der Verwaltung bestehen könne. Fürst Bismarck verbreitete sich darauf über die staatsrechtliche Stellung des Reichskanzlers und der ihm beigegebenen Arbeitskräfte. Er hielt an dem bereits früher von ihm entwickelten Grundsatze fest, daß der Reichskanzler, wenn er die ganze Verantwortung tragen solle, befugt sein müsse, entweder den Reichsministern ihre Thätigkeit vorzuschreiben oder wenigstens ein Veto einzulegen und die Ausführung von Anordnungen, welche er nicht verantworten wolle, zu inhibiren. Aus diesem Grunde blieb der Reichskanzler dabei, daß das Reichsjustizamt nicht außerhalb, sondern nur innerhalb des Reichskanzleramts stehen dürfe. Abg. Windthorst trat diesen Anschauungen entgegen, indem er ausführte, daß eine solche Stellung, wie sie jetzt der Reichskanzler einnehme, nur von einer außerordentlichen Persönlichkeit ausgefüllt werden könne, dagegen für normale Zustände eine Regierung durch ein Collegium von Ministern unerläßlich sei. Das Reichsjustizamt bekämpfte Redner auf's Entschiedenste, da dasselbe einerseits nicht nothwendig sei, andererseits aber nur dazu führen werde, die Justizhoheit der Einzelstaaten und die verfassungsmäßige Bedeutung des Bundesrathes und seiner Ausschüsse, speciell des Justizausschusses zu untergraben; wenn man aber das Amt bilden wolle, so müsse es vom Reichskanzleramte getrennt werden. Abg. Lasker bestritt, daß den Befugnissen des Bundesraths und seiner Ausschüsse durch die Bildung des Reichsjustizamts zu nahe getreten würde, und hielt mit großem Echauffement dem Abg. Windthorst Vorhaltungen darüber, daß er die Minister der Einzelstaaten in ihrem Heimathlande wegen Außerachtlassung der Rechte und Interessen desselben anzuschwärzen suche, worauf Abgeordneter Windthorst die Bestrebungen des Abg. Lasker als auf den Einheitsstaat gerichtet kennzeichnete und dessen Interpretation der Verfassung als eine im centralistischen Interesse gemachte verwarf. Aus der Rede des Abg. Dr. Braun braucht nur hervorgehoben zu werden, daß derselbe eingestand, der Einheitsstaat entspreche seinen Wünschen; natürlich versicherte er dabei, an der jetzigen Verfassung festhalten zu wollen. Die Ausgabe für das Reichsjustizamt wurde darauf gegen das Centrum und vereinzelte andere Stimmen bewilligt. — In der ferneren Etatsberathung trat noch ein beachtenswerther Zwischenfall ein. Der Abg. Richter warf nämlich plötzlich die Bemerkung in die Debatte, daß er die Fragestellung des Präsidenten so verstehe, daß nicht blos die Titel in ihrer Gesammtsumme, sondern die einzelnen Positionen bewilligt seien. Daraus entspann sich eine lange Debatte über die Frage, wie bisher in dieser Hinsicht verfahren worden sei und wie jetzt verfahren werden solle. Zur Ueberraschung Vieler kam durch die Erklärungen des Präsidenten des Reichskanzleramts und des früheren Präsidenten des Reichstages, Abg. Dr. Simson, zu Tage, daß man im Jahre 1873 und 1874 bloß die Titel bewilligt habe, so daß also die Regierung sich für befugt hielt, die einzelnen Positionen zu „übertragen", das heißt die Ersparnisse an der einen Position für die andere zu verwenden. Die Abgg. Miquel, Lasker, Richter und Freiherr v. Hoverbeck bestritten, hiervon etwas gewußt zu haben; sie kritisirten dieses System, welches ganz fremdartige Summen nach dem Belieben der Verwaltung zu vereinigen gestattet, und drohten, jetzt über jede einzelne Position abstimmen zu lassen. Auf Vorschlag des Präsidenten einigte man sich dahin, die stillschweigende Bewilligung der aufgerufenen Titel und Nummern so aufzufassen, daß der betreffende Titel in seinen einzelnen Positionen bewilligt sei. Der Regierung wird dieses strengere System schwerlich zusagen, und da Dr. Delbrück bemerkte, daß bei solcher Bewilligungsart einzelne Positionen nicht getrennt aufgeführt worden wären, so bleibt abzuwarten, ob sie nicht noch Einsprache gegen die heute beschlossene Art der Abstimmung erhebt. Sie hat sich freilich selbst ihren Standpunkt schon untergraben, da einzelne Positionen die ausdrückliche Bemerkung tragen, sie seien übertragbar; ein solcher Vermerk bedeutet doch, daß die Positionen an sich nicht übertragbar sind. — Der „Schwerintag", d. h. der den Petitionen und den Anträgen aus der Mitte des Hauses gewidmete Sitzungstag, ist, um den Commissionen die nöthige Zeit zu gönnen, von morgen auf Donnerstag vertagt. Von Freitag ab sollen dann ununterbrochen Etatsberathungen stattfinden.

Rede des Abgeordneten Dr. Simonis

bei der ersten Berathung des Haushaltsetats für Elsaß-Lothringen.

(Schluß.)

Ich bin ihm sehr dankbar dafür. Aeußerlich blieb Vieles von den Formen der französischen Verwaltung aufrecht. Wir hatten nämlich einen Präfecten in Colmar, einen Präfecten in Straßburg, einen Präfecten in Metz. Die Nachfolger dieser Herren Präfecten beehrten sich anfangs vielfach, Präfecten genannt zu werden, später verlor sich der Name, und sie wollten nicht anders genannt werden als „Präsident". Nun wollen wir einmal sehen, wie sich die jetzigen Ausgaben für die Präsidien mit den früheren Ausgaben für die Präfecturen ausgleichen. In Colmar hatten wir einen Präfecten mit einem Traitement von 30,000 Francs, einen Generalsecretär mit 6000 Francs, 3 conseillers de préfecture Jeden mit 3000, zusammen 9000 Franken. Dazu hatte der Präfect 51,900 Franken fonds d'abonnement sowohl für Personal- als für sachliche Ausgaben, zusammen 99,900 Francs, runde Zahl 100,000 Francs. In Straßburg 139,000 Francs, in Metz war es eine Summe zwischen beiden darin, allein das ganze Departement ist nicht erobert worden, so daß man höchstens 100,000 Francs für diese Präfectur veranschlagen darf, zusammen 329,000 Francs. Jetzt haben die drei selben Präfidien 699,000 Francs, mehr wie das Doppelte. Nach den Präfecturen kamen die Subpräfecturen, diese wurden abgeschafft; es wurde in Elsaß das Experiment gemacht mit der sogenannten Kreisordnung und statt der fünf Unterpräfecturen, die wir hatten, und einem Theil von einer sechsten, nämlich von Belfort, sind uns plötzlich 20 Kreisdirectoren mit allen möglichen Beamten bescheert worden. Niemals ist es erhört worden, daß die Regierung nur ein einziges Mal Mühe gehabt habe, einen Kreisdirector zu finden. Nun was kosteten diese Subpräfecturen und was kosten uns jetzt die Kreisdirectoren? Unsere Subpräfecturen kosteteten zusammen ungefähr 75,000 Francs und Punktum! Unsere 20 Kreisdirectoren haben nun im Haushaltsetat eine Summe ausgeschrieben von je 3000 Mark oder 3750 Franken, zusammen 75,000 Francs für ihre Pferde, sodaß jetzt die Pferde der Herren Kreisdirectoren accurat so viel kosten, als damals die Unterpräfecten sammt Secretairen, Schreibern und allem Zubehör. (Große Heiterkeit.) Ich habe mir auch einige Zahlen notirt über die Gefängnisse. Wir haben ein großes Civilgefängniß in Ensisheim, da stiegen die Verwaltungskosten unter dem französischen Regimente auf ungefähr 63 Franken per Kopf durchschnittlich. Je nachdem weniger oder mehr Gefangene da waren, betrugen sie höchstens 79, wenn sehr wenige da waren; 48, wenn sehr viele da waren, durchschnittlich 63 Frcs. 50 Cent.; wirklich aber beträgt die Verwaltung per Kopf ungefähr 180 Frcs., nicht völlig das Dreifache. In Hagenau wird wirklich eine Besserungsanstalt eingerichtet für jugendliche männliche Verbrecher und Vergeher. Im Haushaltetat steht, daß bisher die Regierung oder die Verwaltung 55,000 Franken bezahlt für alle jugendlichen Verbrecher, wo sie auch untergebracht waren. Jetzt baut man für sie ein Gefängniß oder eine Besserungsanstalt. M. H., wenn je Einer von Ihnen nach Hagenau käme und von dort nach Marienthal wallfahrten wollte, so würde er neben einem Palast vorbeikommen, wo er sich fragen würde: Was wohnt da für ein Fürst? Da sollen eben diese jugendlichen Verbrecher untergebracht werden. Für sie erbaut man ein Gebäude von 700,000 Francs. Mit dem Unterhaltungsfond kommt es jährlich ungefähr auf 40,000 Francs für Miethe, so daß, wenn 100 solcher jugendlicher Gefangener dort untergebracht sind, jeder eine Miethe von 400 Francs zu zahlen hat, resp. wir zahlen sie für ihn. Allein das ist nicht alles. 55,500 Francs zahlte man bisher für sie und da war eingeschlossen die Miethe, die Aufsicht, der Unterhalt, Kleidung, Nahrung, alles zusammen, jetzt sollen sie am 1. October in Hagenau untergebracht werden, und für ihren Unterhalt vom 1. October bis zum 31. December steht im Haushaltsetat für dieses Vierteljahr statt 55,000 Francs für das ganze Jahr 51,587 Francs, beinahe dieselbe Summe für ein Vierteljahr, wie früher für das ganze Jahr ohne die zahllosen Angestellten, ohne die Hausmiethe, ohne die andern Ausgaben, so daß man von 55,000 Frcs., ohne die Angestellten und die Hausmiethe auf 206,00 Francs steigen wird. Es wurde auch hervorgehoben, daß die directen Steuern noch immer dieselben geblieben sind, wie unter der französischen Regierung. Theilweise ja, theilweise auch nicht. Ja, für den Antheil der Landeskasse, aber unter den neuen Verhältnissen mußten sich die Gemeinden, wie es der Herr Vertreter des Bundesrathes selbst hervorgehoben hat, viel größere Opfer gefallen lassen, und dieses brachte eine Erhöhung auch der direkten Steuern mit sich. Die Bezirke mußten dasselbe thun, und so kam es, daß diese letzteren anno 1870 zusammen ein Budget von 3,240,896 Francs hatten, und jetzt stehen sie alle drei bedeutend höher. Die Ausgaben der Gemeinden sind ebenso in einem sehr großen Grade gestiegen; die Zahl weiß ich nicht ganz auswendig. Es waren ungefähr vor dem Kriege im Oberrhein 16 Gemeinden, die Schulden hatten, wirklich sind 5 mal 16 oder 80, so daß die Gemeinden ungemein mehr verschuldet sind und folglich die Bewohner auch weit mehr direkte Steuern zu zahlen haben als früher. Was auf die merkwürdigste Weise wieder damit verbunden ist, das sind die großen Gelder, welche zur Erhebung dieser selben Steuern verwendet worden. Um seine direkten Steuern bei uns zu erheben, zahlte Frankreich, inclusive der Steuern der Bezirke und Gemeinden, 537,000 Frcs., jetzt: statt 500,000, 1,500,000 Frcs., das dreifache ungefähr (1,513,376). Auch in der Erhebung der indirekten Steuern ist ein beträchtlicher Unterschied eingetreten: ich habe die Zahlen, wo der Unterschied mehr als eine Million ist. Nebst den großen Gehältern, die da ausgestellt werden, figuriren im Budget noch andere Zahlen, welche uns ebenfalls als ungeheuer vorkommen; nämlich es stehen da zur Verfügung theils des Herrn Reichskanzlers, theils des Herrn Oberpräsidenten, theils der Herren Bezirkspräsidenten Summen, die — ich habe nicht Zeit gehabt, sie ganz zusammenzustellen — sich aber auf mehr als eine Million belaufen, so daß das Oberpräsidium und das Reichskanzleramt, die zusammen schon eine Million kosten, zur freien Verfügung wieder nun mehr als eine Million haben. Ja, m. H., als vor einigen Jahren in Frankreich die liste civile auf 25 Millionen festgestellt wurde, fand man es in der ganzen Welt als etwas Exorbitantes. Nun 25 Millionen für Frankreich, das war ungefähr für uns eine Million; statt einer liste civile von einer Million haben wir nun eine von zwei Millionen. (Heiterkeit.) Es wird mir wohl erlaubt sein, eine Bemerkung beizufügen über die Summen, die da für die Gerichte ausgestellt werden. Im letzten Frühjahr habe ich hervorgehoben, daß wir in Elsaß Lothringen nicht wissen, unter welcher Gesetzgebung wir stehen; ich habe das hervorgehoben in Bezug auf das Preßgesetz. Nämlich an demselben Tage, wo ich die Ehre hatte, vor dem Reichstage zu sprechen, hatte der Herr Präsident des Reichskanzleramtes erklärt, das französische Preßgesetz gelte bei uns, und es wurde mir auch sogleich vom Herrn Collegen v. Puttkamer (Fraustadt) zugerufen: „Ja wohl!" Ich habe sodann den ersten Artikel des Preßgesetzes vorgelesen, es ist mir aber die Antwort noch nicht gegeben worden, wie dieses Preßgesetz bei uns giltig ist, nämlich ob jeder Bürger des Landes, wie es in diesem Artikel steht, frei eine Zeitung ohne vorherige Bewilligung der Regierung drucken lassen kann. Es wurde mir vom Herrn Commissar des Bundesrathes auf manchen Punkt Antwort gegeben, über diesen Punke aber nicht, und es würde mir allerdings lieb sein, zu erfahren, wie er dieses Verfahren der Verwaltung bei diesem Gesetze vereinigt mit der Aeußerung, die er uns Ende April da gemacht hat: „Es gelte allerdings das französische Preßgesetz". Eine andere Bemerkung, die sich auf die Justizverwaltung bezieht, knüpft sich an eine sehr feierliche Rede, welche in Colmar am 6. October 1874 vom Herrn Oberprocurator Schneegans ist gehalten worden; er hat nämlich da bei Eröffnung der Sitzung des hohen Gerichts eine Rede gehalten, über welche man im ganzen Lande von Basel bis Weißenburg gestaunt hat, daß sie von dem höchsten Vertreter der Justiz in unserm Lande konnte gehalten werden. (Abg. Windthorst: Hört, hört!) Er sprach sich nämlich so aus, daß die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen, welche hier im Reichstage sitzen, mehr geeignet sind, ein Zerrbild von dem Lande zu liefern, denn irgend als legislative Factoren zum Wohle des Landes mitzuwirken. Weiter hat er die Richtung, nach welcher die Justiz ausgeübt werden sollte, so charakterisirt, daß man in seiner Rede nichts anderes finden konnte, als eine Einladung an die Richter, tendenziöse Processe hervorzurufen und tendenziöse Urtheile zu fällen. (Zuruf: Oh!) M. H., ich weiß nicht, ob ich die Sache nicht verstanden habe oder nicht, ich will es Ihnen vorlesen: „Die Strafrechtspflege soll stets in lebendigem Zusammenhange mit den staatlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen stehen. Diese haben auch die Gerichte beim Strafmaße zu beachten. Die Strafen sollen nicht bloß den einzelnen Uebelthäter treffen, sie sollen auch gleichzeitig die Bildung von gesellschaftlichen Zuständen verhindern, aus welchen neue Verbrechen hervorgehen." Und dann charakterisirt er, woher die neuen Verbrechen hervorgehen; er dehnt sich weit und breit über die radical ultramontanen Bewohner des Landes aus, er nimmt keinen Anstand, ihnen auch das Kullmann'sche Attentat in die Schuhe zu schieben, und dadurch charakterisirt er, nach welcher Richtung er die Richter einladet, Recht zu sprechen. Er sagt, die Vertreter seien ein Zerrbild des Landes; ich möchte da sagen, eine solche Rede ist ein Zerrbild der Justiz! M. H., die Rede ist da zur Verfügung für diejenigen Herren, welche dieselbe zur Ansicht nehmen möchten. Ich kann natürlich nicht da in alle Einzelheiten des Haushaltsetats mich einlassen, allein einige Bemerkungen drängen sich gleichsam auf. Für die Theater wurden in Frankreich bisher eine Summe von 18,000,000 Francs aufgestellt, im Haushaltsetat für Elsaß Lothringen 180,000. Jetzt genügt es nicht und man will den bloß französisch redenden Bewohnern von Metz à toute force ein deutsches Theater octroyiren und dafür wird ein neuer Zuschlag von 40,000 Francs gefordert. Von den großartigen Aufwänden, die für den Unterricht gemacht werden, hat uns der Vertreter des Bundesraths auch gesprochen; er fand selbst, daß dieser Aufwand einigermaßen, ich möchte nicht sagen, eine Entschuldigung, aber doch eine Verschönerung brauchte. Ich will mich darauf nicht einlassen; denn es liegt von unserer Seite ein Gesetzentwurf vor, um die Unterrichtsverhältnisse in Elsaß-Lothringen zu verändern. M. H., wenn Sie aber sich darauf einlassen, daß Sie den Haushaltsetat, der da vorliegt, gutheißen, so heißen Sie die Veränderungen gut, die im Schulwesen vorgekommen sind. Mit welchem Rechte aber der Herr Vorredner sich über die großartigen Erfolge, die da in der Schule erzielt werden, erfreut, das wird Ihnen von vielen meiner Collegen und Freunde weit und breit dargelegt werden. Auch von den Notaren, Huissiers u. s. w. wurde gesprochen, doch ich staunte, daß nicht irgend ein Wort der Erklärung dem hohen Reichstage mitgetheilt wurde über die Lage, die da geschaffen ist. Man hat uns nämlich die Stellen der Notare, Gerichtsvollzieher u. s. w. plötzlich aufgehoben, folglich waren

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

die Inhaber dieser Stellen plötzlich expropriirt. Die Schuld der Auszahlung wird anerkannt, so aber, daß man den Herren verspricht, wenn Ihr einmal todt seid, dann wird man Euch auszahlen, so Ihr aber aus Eurer Stelle austretet, nehmt Euch in Acht; man nimmt Euch ein Drittheil von Eurem Guthaben weg. M. H., es ist uns sehr unangenehm, diesen Artikel im Haushaltsetat zu sehen. Wir haben da eine Schuld, die man dem Lande auferlegte, allerdings nicht aus Mangel an Kräften, sondern vielmehr, um die Inhalber der Stellen zu verdrängen, und so in der Lage zu sein, neue Kräfte aus Deutschland hinüberzurufen und diese neu herübergerufenen mit fetten Stellen zu bereichern. Es sind mehrere darauf bezügliche Petitionen dem Reichstage vorgelegt worden, und ich hoffe, der Reichstag wird die Berechtigung dieser Petitionen anerkennen. Allein wenn er sie anerkennt, so liegt uns da wiederum eine noch größere Schuld auf dem Halse, und das ist eben eines dieser Vergehen, welche wir unserer Verwaltung mit allem Rechte zur Schuld legen. Die Verwaltung hat nämlich bei der Eroberung unsere Pflege übernommen, wie ein Vormund die Pflege eines unmündigen Kindes. Ja, wenn dieses so geschieht, was hat der Vormund als erste Pflicht anzusehen? Er hat die größte Sorgfallt zu hegen, daß das Gut des Kindes nicht vermindert, sondern vermehrt werde; er hat die größte Sorge zu tragen, auch nicht die geringste Aenderung im Anwesen des Kindes vorzunehmen, wo er nicht auf alle möglichen Arten sich versichert hat, daß das Kind, wenn es einmal groß geworden, alles dies gut heißen wird. Nun war die Zeit, wo das Kind Elsaß-Lothringen groß werden sollte, festgestellte auf den 1. Januar 1874, und weil man da das Bewußtsein hatte, daß das Kind mit dem Verwalten seines Vormundes nicht zufrieden sein könnte, hat man demselben gradezu die Möglichkeit genommen, sich darüber auszusprechen. Allerdings ist da ein kaiserlicher Erlaß vorgekommen, am 29. October d. J. gegeben. Inwieweit dieser kaiserliche Erlaß Kraft eines Gesetzes hat, das kann ich nicht ermitteln. Denn ich hatte die Gesetzgebung immer so verstanden, daß an dem Tage, wo der Reichstag beisammen ist, es keinen anderen gesetzgebenden Factor giebt, als der Reichstag selbst. Am 29. October 1874 aber war der Reichstag gesetzlich versammelt. Folglich kann ein kaiserlicher Erlaß von diesem Datum, insoweit ich die Sache klar einsehe, keine gesetzgeberische Kraft haben. Nun aber, was ist mit diesem Landesausschuß erzielt worden? Etwas Großes allerdings nicht, sonst wäre ganz gewiß in der kaiserlichen Rede bei Eröffnung des Reichstages Erwähnung davon geschehen. Allein keine Erwähnung davon, und folglich mußte da gleichsam das Bewußtsein obwalten. daß eine erhebliche Umänderung oder Umgestaltung in unseren Verhältnissen nicht vorgekommen wäre. Erlauben Sie mir, m. H., Ihnen dies etwas weiter auseinander zu legen. Denn mit diesem Landesausschuß hat es den Anschein, als sei eine neue Phase der Geschichte von Elsaß-Lothringen eingetreten. Nun ich muß gestehen, daß ich das nicht einsehe. Zu was besteht nämlich der Landesausschuß? Es gibt da in den drei Bezirken 84 Bezirksräthe. Diese 84 Bezirksräthe sollen in jedem Bezirke 10 von ihren Mitgliedern wählen, zusammen 30. Diese sollen dann zusammentreten, um dem Oberpräsidenten als Geheimräthe beizustehen; wie vertreten sie aber das Land? Ein Theil von diesen Bezirksräthen ist mit großer Majorität gewählt worden, andere aber mit sehr geringer, andere mit einer ganz absonderlichen Majorität. In Mülhausen namentlich wurde zweimal gewählt. Das erste Mal brachte es der glücklichste Candidat auf sechs Stimmen, zum zweiten Mal auf 150, bei 7 bis 8000 Wahlmännern. Anderswo ähnlich; namentlich in Metz. Nun diese Bezirksräthe haben ein Mandat erhalten nicht für die allgemeinen Interessen des Landes — und dies ist sehr wichtig — sondern bloß ein Mandat für die Lokalinteressen des Bezirks, und weil sie ein Mandat nicht empfangen haben, können sie ein Mandat auch nicht geben: „Nemo dat, quod non habet.“ Letzthin las ich einen Artikel in der „Straßb. Ztg.“, wo sich manchmal die geheimen Gedanken des Oberpräsidiums öffentlich hervorthun. Sie sagte nämlich: die Elsässer könnten und müßten wissen, daß die Bezirksräthe auch über allgemeine Interessen sich auszusprechen hätten. Ob sie es wissen konnten, das weiß ich nicht; ob sie es wissen mußten, das glaube ich nicht; daß sie es aber wußten, das kann ich ganz bestimmt verneinen. Die Bezirksräthe hatten bis daher die Befugniß, allgemeine Wünsche auszusprechen, aber öffentlich. Nun zu der Befugniß, daß alle 84 miteinander öffentliche Wünsche aussprechen durften, kommt jetzt noch diese andere, daß 30 von ihnen auch geheime Wünsche dem Herrn Oberpräsidenten aussprechen dürften. Ja und wie dürfen sie das thun? Der Oberpräsident beruft sie, wann er will, und unterläßt es, sie zu berufen, wenn er sie nicht berufen will. Er fragt sie über das, was ihm gefällt, und über das, was ihm nicht gefällt, befragt er sie nicht. (Heiterkeit.) Sie müssen deliberiren vor dem Oberpräsidenten, der ihnen kein Mandat gegeben hat; vor ihren Wählern aber, die ihnen ein Mandat als Bezirksräthe gegeben haben, dürfen sie nicht deliberiren, denn die Deliberationen sollen nur in der Gegenwart des Oberpräsidenten stattfinden, für das ganze Volk der Wähler sollen sie aber geheim bleiben. Er stellt ihnen dann Fragen, nicht für die Hauptgesetze, denn die Hauptgesetze sind voll und fertig gemacht worden während der dictatorischen Periode. Sie haben dann auch blos berathende Stimmen. Ja, m. H., wenn ich Jemand bloß zu Rathe ziehen will, so ist es nicht nothwendig, daß der Rathgeber ein Gewählter des Volkes sei, ich kann ja jeden geringen Handwerksmann auch zu Rathe ziehen. Praktisch wird nur dieser Erfolg aus diesem Landesausschuß hervorgehen, daß nämlich der Oberpräsident wiederum wie vorher schalten und walten wird, wie er will, daß aber die 30 ihm beigefügten Bezirksräthe die Verantwortung von dem, was der Oberpräsident beschließt, mit ihm tragen sollen, die Verantwortung nämlich von Dingen, die sie alle nicht werden geschaffen haben. Und anderseits hat er auch dieses Resultat, daß man Ihnen sagen kann: ja, wie können denn die Elsaß-Lothringer nicht zufrieden sein, seht, hier im Reichstage haben sie beschließende Stimmen und dort im Elsaß haben sie auch berathende Stimmen. Ja wenn denn zwei da sind, der Eine dort drüben wird zu Rathe gezogen, und wir sollen hier beschließen, so sehe ich nicht, wie etwas Praktisches daraus hervorgehen soll. Höchstens man man vielleicht hier und da in einigen Fällen das erzielen, daß die Abgeordneten im Reichstage und die geheimen Rathgeber in ihrer geheimen Rathgebung bei der stillen Sitzung in Straßburg nicht ganz miteinander in Accord sein werden und dann wird man sagen: Ja, seht, das Land ist vertreten im Reichstage und wenn sie dort in Straßburg nicht gut reden und wir gut, oder wenn wir in den Augen der Verwaltung schlecht reden und sie dort gut: ja seht, das Land hat sich so anders ausgesprochen, und so eine dualistische Vertretung des Landes hervorgerufen, die allerdings nicht eine zu gute sein kann. Was klar ist, ist das, daß das nur ein Schein von einer Landesvertretung ist, oder vielmehr der Schatten eines Scheins, den aber zu schauen, wir bestimmt greifbare 45,000 Mark, sage 56,260 Francs auszahlen müssen. Somit werden allerdings die Herren Mitglieder des Landesausschusses glücklicher dastehen als die Herren Mitglieder des Reichstages. Denn die Herren Reichstagsmitglieder haben sich schon mehrere Male Diäten zugeschrieben, aber keine gekriegt, obschon sie eigentlich die Gesetze zu machen haben; die Anderen haben nur ihre Meinung im Geheimen ausgesprochen und dafür werden sie ganz richtig bezahlt. Das ist eine der Bevorzugungen, die wir in Elsaß-Lothringen erfahren sollen, und die man hier in Berlin nicht kennt. Es verhält sich das ebenso wie mit der Bevorzugung des Kreisdirectors, welcher zwei Pferde besitzt, während ich noch nicht gesehen habe, daß jedes Mitglied des Reichstages mit zwei Pferden vor dieses Haus fahre und dann wieder damit nach Hause fahre. M. H., die Lage, die ich Ihnen geschildert habe, muß allerdings manche Bedenken erwecken, und ich würde mich großartig täuschen, wenn die prachtvolle Entwicklung der elsaß-lothringischen Zustände, die Ihnen soeben durch den Herrn Vorredner dargelegt worden ist, nicht wenigstens einen geringen Schatten, eine geringe Verminderung ihres Glanzes gefunden hätte. Ich weiß nicht, was der Reichstag beschließen wird; allein ich zweifle sehr, daß die Mitglieder des Reichstages sich dazu verständigen werden, eine Lage, wie die von Elsaß-Lothringen ist, weiter aufrecht erhalten zu wollen durch irgend ein Votum, das Sie in diesem Sinne abgegeben würden.

---

* Zur Uebersicht.

— Die National-Versammlung in **Paris** hielt am 1. December die erste Sitzung. Der Wirrwarr in Versailles und im Elysée war heute größer denn je. Das Schreiben des Grafen v. Chambord, worin derselbe seine Freunde aufforderte, die constitutionellen Gesetze nicht zu votiren, hat alle Plane und Plänchen, die man bis jetzt hatte, über den Haufen geworfen. Denn die Instructionen des Königs haben die gemäßigte Rechte zum Schwanken gebracht, und die Zahl der Royalisten, welche in Folge der königlichen Kundgebung von Mac Mahon abgefallen sind, soll bereits 30—40 betragen. Daher große Bestürzung in den officiellen Kreisen. Der Marschall Mac Mahon, der sich heute nach Versailles begeben wollte, blieb in Paris, und der Ministerrath wurde früh 9 Uhr in das Elysée berufen. Nach einer bewegten, höchst stürmischen Discussion wurde beschlossen, nur eine „geschäftliche Botschaft“ an die Kammer am Mittwoch zu richten, und die constutionellen Gesetze gar nicht oder nur höchst leicht zu erwähnen. Was im Elysée noch besonders unangenehm berührte, ist, daß ein Theil des rechten Centrums, diejenigen Mitglieder, welche mit Herzog d'Audiffret-Pasquier gehen, Miene macht, zu dem linken Centrum überzugehen. Jedenfalls hatte derselbe heute Morgen, als er nach Versailles fuhr, eine Unterredung mit Picard (linkes Centrum) und Martel (einem der sogenannten Schwankenden des linken Centrums), aus welcher hervorgeht, daß die jetzige Wirthschaft ihm sehr mißfällt. Im Elysée, wo man die Denkweise des Herzogs kennt, wurde man eben deßhalb durch das Schreiben des Grafen v. Chambord um so mehr mißgestimmt, da man gehofft hatte, daß, falls der größte Theil der Royalisten mit der Regierung gehen werde, die Opposition des Herzogs d'Audiffret und seiner Freunde nichts zu sagen haben würde. Uebrigens wies Casimir Perier in seiner heutigen Rede im linken Centrum darauf hin, daß man sich der Rechten und dem rechten Centrum gegenüber abwartend verhalten müsse. Das Schreiben des Grafen von Chambord bildete natürlich den Gegenstand der Gespräche aller Deputirten. Dieselben zeigten sich noch unentschlossener denn je, und die Meinung, daß man den Ausbruch des Conflictes verzögern müsse, gewann allgemein die Oberhand. Beim Beginn der heutigen Sitzung, die um 2 Uhr 20 Minuten eröffnet wurde, herrschte unter den Deputirten die größte Erregung. Nicht Buffet, sondern Benoist d'Azy leitet dieselbe. Man schritt sofort zur Wahl des Präsidenten. Um 4 Uhr machte Benoist d'Azy das Resultat bekannt: Zahl der Abstimmenden 556. Weiße Stimmzettel 205. Von 351 übrigen Stimmen erhielt Buffet 348, worauf er zum Präsidenten proklamirt wurde. In der Zwischenzeit legte Cumont mehrere Gesetzentwürfe vor. Um 4 Uhr 10 Min. wurde die Abstimmung für die Vice-Präsidenten geschlossen und die der Sekretäre begonnen. Während derselben enspann sich eine Discussion über die Tagesordnung. Jaubert verlangte, daß man die Freiheit des Universitäts-Unterrichts zuerst vornehme, wofür auch Laboulaye (linkes Centrum) eintritt. Eine längere Discussion entspinnt sich dann, worauf mit Zustimmung der Regierung beschlossen wird, daß der Gesetzentwurf über die Cadres der Armee zuerst zur Discussion komme und man dann den über die Freiheit des Universitäts-Unterrichts in Angriff nehme. Das Resultat der Abstimmung über die Vice-Präsidenten wird nun bekannt gemacht: Zahl der Abstimmenden 578; ungültige Stimmzettel 4; absolute Majorität 287. Martel (linkes Centrum) erhielt 422, Benoist d'Azy (gemäßigte Rechte) 327; de Kerdrel (gemäßigte Rechte) 287; Audiffret-Pasquier (rechtes Centrum) 247; Rampon (linkes Centrum) 247; Leroyer (Linke) 231; Henri Martin (Linke) 227. Die drei ersten werden zu Vice-Präsidenten proklamirt. (Später in engerer Wahl auch Audiffret Pasquier.)

— Die Nachricht, daß Differenzen im Ministerium ausgebrochen seien, wird in Abrede gestellt.

— In **Spanien** will Serrano am 4. Dezember nach dem Norden abziehen; 10,000 Mann Verstärkungen sollen ihn begleiten, andere auf dem Fuße folgen. Nach der „Corr. Havas“ sind die Carlisten mit bedeutender Macht vor Berga erschienen und schicken sich zur Belagerung an. Ebenso ziehen sie Streitkräfte in Ripoll zusammen.

— In **Rußland** findet die erste Aushebung seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht statt. Da der officiöse Telegraph es für nothwendig erachtet, zu berichten, dieselbe verlaufe ruhig, muß man fast an Unruhen in Folge derselben glauben.

— Meldungen aus **Buenos-Ayres** besagen, daß eine große unentschieden gebliebene Schlacht zwischen den streitenden Parteien stattfand; neuerdings will man von Unterhandlungen wissen.

— **Berlin**, 2. Dec. Die „Provincial-Correspondenz“, den Verlauf der Reichstagssession besprechend, meint, es werde gelingen, außer dem Reichsbudget alle unbedingt dringlichen Vorlagen, beispielsweise die auf Elsaß-Lothringen bezüglichen und das Landsturmgesetz, noch zu vereinbaren. Betreffs der Bankfrage seien die Verhandlungen anscheinend in hoffnungsvollem Gange; bei den dabei auszugleichenden großen sachlichen Schwierigkeiten sei aber nicht abzusehen, wann die Angelegenheit zur weiteren parlamentarischen Verhandlung und vollen Erledigung reif sein könne. Bei solcher Sachlage werde es unvermeidlich sein, die Erwägung betreffs der Bankfrage, ohne deren unmittelbare Dringlichkeit irgendwie aus den Augen zu verlieren, von den sonstigen Erwägungen der parlamentarischen Oekonomie zunächst zu trennen. Demgemäß ist der Schluß der Reichstagsarbeiten zu Weihnachten im Auge zu behalten, vorbehaltlich besonderer Maßnahmen, zu welchen die weitere Entwickelung der Bankfrage Anlaß geben dürfte.

— In der letzten Soirée des Fürsten Bismarck“, so wird der „Magd. Ztg.“ berichtet, „unterhielt man sich im vertrauten Cirkel über die Arbeiten der Budgetcommission. Der leitende Staatsmann erzählte, daß der Kaiser bei dem Vortrage über die Streichung der fünf Rittmeister des Garde du Corps sein Befremden darüber geäußert habe. Weder 1848, noch in der Conflictszeit seien solche Abstriche im Militäret vorgenommen worden.“ Und — fügt der Correspondent hinzu — in Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß die Majorität sich im Plenum in Folge dieses Winkes der fünf gestrichenen Rittmeister annehmen werde.

— Bekanntlich betont Bischof **Reinkens** auf seinen Hirtenreisen in den Predigten vor Allem den Gehorsam gegen die obrigkeitliche Gewalt; allein nicht alle seiner Schäflein hören auf seine Stimme. Trotz des wiederholten Verbots von Seite des Cultusministers sind die Altkatholiken in Neisse wiederholt gewaltsam in die Kreuzkirche eingedrungen.

— „Am Rhein und im Münsterlande“, schreibt die „Köln. Ztg.“, „fallen nicht nur die politischen Nachwahlen für ausgeschiedene Centrumsmitglieder des Reichstages oder Landtages immer wieder clerical aus, Gleiches findet überwiegend auch bei den Communalwahlen statt und erschwert den Executivbehörden des Staates die wirksame Handhabung der Gesetze ungemein.“ — Bei der Reichstagswahl für Münster-Coesfeld wurden überhaupt 8847 Stimmen für Hrn. Regierungsrath Frhrn. v. Heeremann (Centrum) und 300 für Hrn. Director v. Noel abgegeben; 46 Stimmen zersplitterten sich.

— Vicar Freiherr v. Rüpplin in **Donaueschingen**, wegen „unbefugter“ Vornahme geistlicher Amtshandlungen auf 2. Dezember d. J. vor die Strafkammer in Constanz geladen, hat folgende Erklärung abgegeben:

„Ich kann in kirchlichen Angelegenheiten nur eine Autorität anerkennen, die zuständige Kirchenbehörde. Somit kann ich über Vornahme geistlicher Amtshandlungen nur dieser zur Verantwortung mich verpflichtet fühlen, wie ich bereits mehrmals vor diesem Amtsgerichte erklärt habe.

Um dies nochmals ausdrücklich zu constatiren, erkläre ich hiemit, daß ich der gegen mich in vorliegender Anklagesache gestellten Vorladung freiwillig nicht folgen, vielmehr bloß der physischen Gewalt weichen werde.“

Auf diese Erklärung hin wurde Vicar v. Rüpplin

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Morgens ½9 Uhr verhaftet und nach Constanz verbracht.

— In **Steißlingen** haben sich 33 Altkatholiken als kirchliche Gemeinschaft constituirt. Diese 33 wollen die Mitbenützung der Pfarrkirche und eine Kaplanei. „Da darf man wirklich begierig sein, ob diese 33 Herren, die zum Theil unverheirathet sind, deren Kinder und Frauen nicht alle mitmachen, 1700 katholische Christen aus ihrer Kirche vertreiben können." So meint ein Correspondent der „Fr. St." Nach den Vorgängen in Thiengen und anderwärts haben wir längst aufgehört, auf irgend etwas begierig zu sein.

— Bekanntlich hat das Bezirksamt **Bonndorf** den Schulkindern in Münchingen unter Androhung von Einsperrung und körperlicher Züchtigung durch den Gemeindediener den Schulkindern verboten, bei dem gesperrten Vikar Religionsunterricht, sei es in der Kirche oder sonstwo zu empfangen. Die „N. B. L. Ztg." machte auf das Unstatthafte eines solchen Vorgehens besonders vom pädagogischen Standpunkt aus aufmerksam und ein größerer Artikel unseres Blattes wies nach, wie dieser Erlaß gegen den klaren Wortlaut der Schulordnung und der Polizeigesetzgebung verstoße.

Anstatt nun ruhig und einfach das Ungegründete dieser Aufstellungen nachzuweisen, wirft ein Artikel in der „L. Ztg." mit bodenloser Perfidie ꝛc. um sich. Schimpfworte sind keine Beweise, oder sollen sie vielleicht gerade von der Sache selbst ablenken? Aehnlich machte man es in der „Landeszeitung" mit dem Bühler Vorgang.

Ein hochangesehener liberaler Jurist erklärte (wie wir bestimmt wissen) erst jüngst wieder das Auftreten des Herrn Winther für gesetzwidrig. Anstatt nun eine objective Gesetzesüberschreitung anzuerkennen, sucht man mit Schmähungen dem Leser Sand in die Augen zu streuen.

Deutschland.

Karlsruhe, 30. Novbr. Heute sind Verordnungsblatt der Steuerdirektion Nr. 21, 22 und 23 erschienen. Es enthält Nr. 21 eine Verordnung großherzoglichen Finanzministeriums vom 4. November die amtliche Zusammenstellung der Gesetze über die Liegenschafts-, Erbschafts- und Schenkungsaccise betr. Nr. 22: 1) landesherrliche Verordnung vom 5. d., die Bezüge der im Civilstaatsdienste stehenden Beamten und Angestellten bei auswärtigen Dienstgeschäften; 2) Bekanntmachung, die Erledigung einer Gehilfenstelle bei gr. Untersteueramt Bruchsal, Bewerbung binnen 14 Tagen bei gr. Steuerdirektion betr. Nr. 23: landesherrliche Verordnung vom 1. Oct. d. J., die Ausbildung, Prüfung und dienstpolizeiliche Ueberwachung des zur Ausübung der Feldmeßkunst bestellten Personals, insbesondere Aenderung der Gebührensätze; 2) Bekanntmachung, das Verbot des Umlaufs der finnischen Silbermünzen; 3) Verordnung, die Gebühren der Steinsetzer; 4) die Erhebung von Sporteln in Vermögensabsonderungsprocessen; 5) die Bereitung von heißem Wasser in Brau- und anderen unter steuerlichen Verschluß stehenden Kesseln; 6) die Aufstellung der Forderungszettel über die allgemeine direkte Steuer für 1875 betr. 7) Personalnachrichten: Untersteueramtsgehilfe Hebding in Offenburg wurde nach Pforzheim, die Steueraufseher Schumacher in Furtwangen nach Görwihl und Merta in Görwihl nach Furtwangen versetzt, dem Nebenzollamtsassistenten Heinzelbecker in Erzingen die Gehilfenstelle bei gr. Untersteueramte Offenburg übertragen und dem Steueraufseher Karl Ihling in St. Georgen die Auszeichnung für 18jährige treue Dienste verliehen.

Das Verordnungsblatt der Zolldirektion Nr. 10 enthält die landesherrliche Verordnung vom 5. d., die Bezüge der im Civilstaatsdienste stehenden Beamten und Angestellten bei auswärtigen Dienstgeschäften betr.

— 1. Dec. Nach der gestern erwähnten landesherrl. Verordnung soll der Betrag des Schulgeldes an den Gelehrtenschulen, Realgymnasien und höheren Bürgerschulen jährlich 64 Mark und an den mit solchen Anstalten verbundenen Vorschulen 30 Mark nicht überschreiten. Neben dem Schulgeld kann an ersteren Anstalten als Beitrag zur Bibliothek und Lehrmittelsammlung ein bei der erstmaligen Aufnahme von jedem Schüler zu entrichtendes Eintrittsgeld eingeführt werden, welches aber den Betrag von 4 Mark nicht überschreiten darf. Innerhalb dieser Grenzen wird das Schulgeld sowohl als das Eintrittsgeld für jede Anstalt und Klasse, und zwar bei Realgymnassen und höheren Bürgerschulen nach Anhörung der Gemeindebehörde, von dem Ministerium des Innern festgesetzt.

Für den Unterricht in den Gewerbeschulen wird in der Regel ein mäßiges Schulgeld entrichtet. Dasselbe soll bei der gewöhnlichen Einrichtung dieser Schulen nicht über den Betrag von monatlich 60 Pfennigen ansteigen.

K. **Karlsruhe**, 2. Dec. Die Altkatholiken, wohlwissend, daß sie in offenem Kampfe unterliegen würden, und bauend auf die Sorglosigkeit von unserer Seite, hüteten sich bei der letzten Stiftungswahl vor jeder Agitation wie auch Bekanntmachung eines etwaigen Wahlvorschlags, um ihre Gegner noch mehr einzuschläfern und in Vielen selbst den Glauben weiter zu bestäigen, als ob sie überhaupt an dieser Wahl nicht theilnehmen dürften. Erst zwei Tage vor der Wahl erging vom Comité aus ein Circular an die altkathol. Vereinsmitglieder mit der Aufforderung zur eifrigsten Betheiligung an der Wahl und Geheimhaltung des Vorschlags, wie Vermeidung von Allem dem, was die Römisch-katholischen aufmerksam machen und sie ebenfalls zur Rührigkeit mahnen könnte. Der Ueberfall gelang leider auch wirklich, das geheime Circular, welches von Büreau zu Büreau colportirt wurde, that seine Dienste. Die Wahl begann am 2 Uhr, nur wenige Altkatholiken, meist strebsame Revisoren und Schreiber ließen sich im Anfang sehen, sie blieben den ganzen Mittag in Gruppen schmunzelnd vor dem Wahllokale zur Ueberwachung stehen. Die treuen Katholiken blieben in großer Mehrheit bis gegen 4 Uhr, — endlich erschienen die Gegner in großen Haufen, vom Regierungs- und Medicinalrath bis zum Kanzleidiener und Laternenanzünder hinab, die Bureaux der Stadt entleerten sich und Leute trugen ihre Stimmzettel in die Kirche, welche schon der Orgelton, der außen zu ihren Ohren dringt, ärgert. Um 5 Uhr wurde die Wahl geschlossen, nach 4 Uhr erschienen unsere Gegner schlau berechnend, daß sie uns hierdurch auch noch die Zeit auch nur zur geringsten Agitation abschneiden.

Sie haben gesiegt mit 37 Stimmen Mehrheit, der letzte Mann wurde in's Treffen geschickt (und auch diese waren bei weitem nicht lauter Altkatholiken, wie wir jetzt bestimmt wissen, sogar ganz gut gesinnte Katholiken haben Hrn. Hildebrand gewählt) und doch nur im Ganzen 302 Stimmen. „Glänzend gesiegt" „Karlsruhe ist unser". Die Regierung kennt nun genau die Zahl der Ultramontanen, wie auch ihre Ränke, sich als Mehrzahl auszugeben, so jubeln die Liberalen.

Wir glauben doch, daß dies zu früh gejubelt ist; was wollen 302 Mann heißen in einer Gemeinde von über 16,000 Katholiken?

Und auch von dieser Zahl dürften bei genauer Untersuchung noch Manche abzurechnen sein; wir wissen z. B. ganz bestimmt, daß ein Altkatholik, welchem noch zwei Jahre zum gesetzlichen Alter fehlten, zur Stimmenabgabe zugelassen wurde. Dies wird nicht der einzige Fall sein.

◎ **Constanz**, 1. Decbr., Nachmittags 3 Uhr. Soeben wurde Herr Baron August v. Rüpplin, Vicar in Donaueschingen, durch einen Gendarm in Civil hierher auf's Amtsgefängniß verbracht. Morgen wird die Verhandlung vor dem Kreisgericht abgehalten über die kl. Messen, die der Herr Vicar gelesen, sowie über seine anderen Amtshandlungen. Mit Freude und Muth sieht derselbe Allem entgegen. Zugleich wird auch Herr Vicar Fauler von Sipplingen aus dem gleichem Grund vor Gericht gestellt. Ueber das Resultat kann man nicht im Zweifel sein, nachdem Herr Ihringer verurtheilt wurde. Doch, treu dem Staate in Allem, was zum Staate gehört, werden diese jungen Priester auch treu sein dem Eide, den sie der Kirche und dem Bischofe geschworen haben. Für das Volk ist dieser Muth, der so große Opfer kostet, ein Trost für den Abfall einiger Priester von der römisch-katholischen Kirche.

Pfarrverweser Scheu hat unter Protest am 1. Dez. das Spitalpfarrhaus verlassen.

☾ **Baden**, 2. Dec. Ein gewisser Literat glaubt sich scheint's höhern Ortes Verdienste zu erwerben, indem derselbe seit einiger Zeit die hiesige sogenannte „ultramontane Partei" in dem in Karlsruhe erscheinenden „Bad. Landesboten" auf's Korn genommen und fortwährend zu insultiren sucht. Dieser Mensch, der schon so viele Wandelungen durchgemacht, und dem eigentlich früher Niemand hier übel wollte, der es mit seinen Invectiven auf anständige Menschen schon so weit gebracht hat, daß er auf öffentlichem Platze von hervorragenden Personen wegen seiner Schreibseligkeit in den „Landesboten" und absurden Insulten mit Prügeln traktirt wurde, — kommt nun, nachdem er allenthalben mit Glanz abgefahren ist, auf das dankbare Gebiet, die Ultramontanen zu befehden, und sich so wieder in Gunst und Gnade nach Oben zu bringen.

Ich kann Ihnen aber versichern, daß innerhalb der ultramontanen Partei hier kein Mensch sich aus den Angriffen von Menschen dieser Art etwas macht. Dieser Herr möge daher nur fortfahren, dem „Boten" seine Weisheit zur Colportage zu übergeben, der ultramontanen Partei schadet es von ihm und Seinesgleichen Nichts. —

* **Heidelberg.** In Nr. 281 des Badischen Beobachters werde ich in einem „Heidelberg, 29. Nov." datirten Artikel als Verfasser einer Inseration im „Heidelberger Journal" gegen Herrn Sevin dadurch bezeichnet, daß die Anfangsbuchstaben meines Namens mit fetter Schrift in dem Artikel Ihres Correspondenten herausgehoben werden. Ich erkläre darauf, daß ich der Verfasser jenes Artikels nicht bin und mir kein Gedanke ferner liegt als der, mich mit Herrn Sevin in eine Zeitungsfehde einzulassen.

Heidelberg, 2. Dezember 1874.

Hausrath.

Diese Erklärung nehmen wir auf, obgleich keine gesetzliche Pflicht vorliegt, um allen Rücksichten der Billigkeit Rechnung zu tragen.

⅄ **Aus der badischen Pfalz**, 1. Dec. Die Waisen-Anstalt in Ladenburg hat dadurch schon eine große Einbuße erlitten, daß die Kinder nicht mehr wie unter den barmherzigen Schwestern religiös und echt katholisch erzogen werden. Aber auch in finanzieller Beziehung ist die liberale neue Schöpfung unter weltlicher Leitung nicht im Fortschreiten begriffen. Als die Schwestern in der Anstalt waren, verfertigten sie alle nothwendigen Kleidungsstücke für die Kinder, sie reinigten das Haus, besorgten die Wäsche; ein Schneider, eine Näherin oder Wäscherin war nicht nothwendig. Jetzt muß dies Alles durch Andere besorgt werden und bekanntlich arbeitet man in unserer Zeit nur, wenn man dafür bezahlt wird. Die Gartenarbeit versahen die Schwestern mit den Kindern, jetzt ist's anders: die Leute, die den Garten von nun an umarbeiten, müssen ihren täglichen Lohn erhalten. Der Rechner der Anstalt wird uns am Ende des Quartals immer am besten Auskunft ertheilen können, wie hoch die Mehrausgaben sich belaufen. Doch das Geld ist bei gewissen Leuten Nebensache, wenn nur der beabsichtigte Zweck erreicht wird!

* **Aus der Pfalz.** In vielen pfälzischen Orten haben die jüngsten Gemeindewahlen eine Wendung zum Bessern ergeben. So in Speyer, wo laut Meldung der „Rheinpf," die Partei der Intoleranz, der confessionellen Gehässigkeit und des materiellen Ruins der Stadt gänzlich unterlegen und die wahrhaft freisinnige, ruheliebende und auf Ordnung im städtischen Haushalt sehende Mehrheit der Bürgerschaft gesiegt hat.

* **Berlin.** „Wie wir hören, hat in den bisherigen Sitzungen der betreffenden Etatsgruppe nur der beim päpstlichen Stuhle accreditirte deutsche resp. preußische Gesandschaftsposten Veranlassung zu einer Interpellation, und zwar von nationalliberaler Seite her, gegeben. Der Regierungscommissar sprach hierbei seinen Wunsch aus, es möge beim status quo verbleiben, insofern man das Gehalt weiter auf dem Etat belassen solle, bis es nach einer späteren Aenderung der augenblicklichen Situation endlich wieder an einen Gesandten werde ausbezahlt werden können. Eine ähnliche Erklärung gab Fürst Bismarck bekanntlich schon in der vorigen Legislaturperiode im Plenum des Reichstages ab."

* **Aus Preußen.** Feldmarschall Graf von Roon ist auf seinen Rittergut Crobnitz in der Lausitz bedenklich erkrankt.

Ausland.

* **Aus Oesterreich.** Bekanntlich erhielt der Bischof von Linz bei der Hochzeit des Kaisers die Güter Garsten und Gleink. Der Reichsrath sprach sie ihm ab und sie sollten verkauft werden. Jetzt kommt die Meldung, daß der eingeleitete Verkauf der zum Bisthum Linz gehörenden Güter Garsten und Gleink „aus unbekannten Gründen" plötzlich sistirt worden ist.

Lokales.

* Offenburg, 1. Dec. Die „Karlsr. Ztg." schreibt: „Bei der gestern stattgehabten Versteigerung der Gengenbacher Klostergebäude erhielt das Endgebot des Decans Lender von Sasbach mit 21,100 fl. den Zuschlag. Bei der Versteigerung war zugleich mit Hrn. Lender das Centrumsmitglied Schröder von Berlin anwesend. Darnach scheint die clericale Zukunft der Klosterräume sicher zu sein. (Das wäre ja schrecklich!) Die Vermuthung, daß das hiesige Lehrinstitut der schnöden Stadt Offenburg den Rücken kehren und in den nach 70jähriger Profanirung wieder gewonnenen Gengenbacher Zellen ein schöneres Heim aufsuchen werde, hat durch das Gerücht neue Nahrung gefunden, daß letzten Sonntag eine Deputation von Gengenbach im hiesigen Kloster war, um die Lehrfrauen für ihre Stadt zu gewinnen."

Redigirt unter Verantwortlichkeit
von Franz Hiß in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Weihnachts-Geschenke

aus der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Geschichte der deutschen National-Literatur.
Von **G. Brugier.**
Vierte Aufl. 8°. (LXXV. u. 655 S.) Elegant geb. Thlr. 2. — fl. 3. 30 kr.

Clemens Brentano's ausgewählte Schriften.
Chronologisch geordnet und mit Anmerkungen versehen von **J. B. Diel** S. J. Mit Illustrationen von Prof. **Ed. Steinle,** in Lichtdruck. 2 Bde. 12°. (LII. u. 1026 S.) Elegant geb. Thlr. 3. 15 sgr. — fl. 6.

Bibliothek deutscher Classiker für Schule u. Haus.
Herausgegeben von **W. Lindemann.**
Zweite Serie. Drei Bände.
I. Band. Göthe's Prosa. Geb. Thlr. 1. — fl. 1. 36 kr.
II. Band. Schwäbische Dichter. Geb. Thlr. 1. 6 sgr. — fl. 2.
III. Band. Dichter der Neuzeit. Geb. Thlr. 1. — fl. 1. 36 kr.

Blumenstrauß von geistlichen Gedichten.
Von **W. Lindemann.**
12°. (XV u. 529 S.) elegant geb. Thlr. 2. 10 sgr. — fl. 4.

Geschichte der deutschen Literatur
von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, von **Wilhelm Lindemann.** Dritte, vermehrte Aufl. gr. 8°. (VIII u. 721 S. Gebunden in Leinen. Thlr. 2. 10 sgr. — fl. 4. 6 kr.

Sammlung historischer Bildnisse.
Zwei Serien. Zwanzig Bändchen 8°. geb. in Leinwand, zusammen Thlr. 15. 27 sgr. — fl. 26.
Jedes Bändchen bildet ein in sich abgeschlossenes Ganzes und wird einzeln abgegeben.

Die katholischen Missionen.
Illustrirte Monatschrift.
Juli 1873 bis Juli 1874 in einem Band 4°., geb. Thlr. 2. — fl. 3. 30 kr.

Meßbüchlein für fromme Kinder.
Von **G. Mey.**
Mit vielen Illustrationen. Druck in Schwarz, Ton und Roth. **Feine Ausgabe.** 16°. (111 S.) Elegant geb. in Leinen mit Deckenvergoldung und Goldschnitt 15 sgr. — 48 kr.

Roma sotterranea. Die römischsen Katakomben.
Eine Darstellung der neuesten Forschungen, mit Zugrundelegung des Werkes von **J. Spencer-Northcote** und **W. R. Brownlow** bearbeitet von Dr. **Fr. X. Kraus.**
Mit vielen Holzschnitten und chromolithographirtem Titel. gr. 8°. (XXVII u. 578 S.) Thlr. 4. — fl. 7. Elegant geb. in Leinwand mit Goldpressung Thlr. 4. 15 sgr. — fl. 7. 54 kr.

Ziehung: 15. Dezember.

Ulmer Dombau-Loose
Geldgewinn 125,000 Mark
35 kr. per Stück.

Kölner Dombau-Loose
Geldgewinn 125,000 Thaler
1 Thaler per Stück
versendet nur noch kurze Zeit die
General-Agentur
Theodor Mühlschlegel
Augsburg.
Diese seit Jahren sehr beliebt gewordenen Loose finden dieses Jahr so raschen Absatz, daß solche lange vor der Ziehung vergriffen sein werden. 15.1[illegible].

Pelz-Teppiche

in verschiedenen Sorten empfiehlt
C. A. Zeumer, Kürschner
23 Langestraße 23, dem Polytechnikum gegenüber. 2.

Constantia.

Donnerstag, Abends 8 Uhr, Generalversammlung. Man bittet um zahlreiches Erscheinen. 2.1.
Der Vorstand.

Ein Uhrmacher wünscht wegen anhaltender Kränklichkeit sein Geschäft einem soliden und gewandten Arbeiter zu übergeben. Anfragen richte man franco an die Expedition unter Chiffre **A. B.** Nr. 777.

Zwei Kürschnergehülfen, sowie ein **Militär-Mützen-Arbeiter,** finden dauernde Beschäftigung bei
Gebr. Jungblut in **Kehl.**

Im Verlage des Unterzeichneten ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen in **Freiburg** durch die **Literarische Anstalt:**

Die Reichsfeinde.

Historischer Roman
von **Conrad von Bolanden.**
Zwei Bände. 8. geh. 4 fl. 30 kr. rh.

Kaiser Diocletian, dessen Cäsaren, Minister und Räthe finden, im Zusammenhalt mit dem Wesen des altheidnischen Staates, die katholische Kirche staatsgefährlich und die Christen reichsfeindlich. Die Ausrottung der inneren Reichsfeinde wird beschlossen und mit dem Aufgebote der römischen Weltmacht durchgeführt. Aber die Christen opfern weder den Göttern, noch den vergötterten Cäsaren, sie sterben für ihre religiöse Ueberzeugung. Diesen letzten blutigen Kampf des alten Heidenthums mit dem Christenthum hat Conrad von Bolandens vielbewährte Meisterhand in einem großartigen historischen Gemälde: „Die Reichsfeinde," zur Darstellung gebracht, ein Werk, reich an erschütternden Scenen, an lichtvoller Vergegenwärtigung christlichen Heldensinns, an feiner Charakterzeichnung und mit dem bekannten lebensfrischen Colorit Bolandens.

Mainz, 1874. **Franz Kirchheim.**

Pohl's illust. kath. Haus-Kalender f. 1875. gr. 8°. Preis 6 Sgr.
Mit farbigem Umschlag, 37 trefflichen Illustrationen, darunter die wohlgetroffenen Porträts der hochw. Oberhirten Preußens, 3 höchst anmuth. Novellen, vielen anderen lehrr. Artikeln, Zinstabelle nach Markk., vollst. Marktverzeichniß 2c. **Uebertrifft an Billigkeit, Brauchbarkeit, prächtiger Ausstattung jeden andern Kalender.** Die Käufer desselben erhalten
Westlin's Heiligenlegende, 2. Aufl., mit 6 feinen Farbendr., vielen Holzschnitten, Initialen 2c. für nur 1 Thlr. 10 Gr.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. 15.10.
Durch alle Buchhandlungen und bei Franco-Einsendung des Betrages franco durch
Ed. Peter's Verlag in Leipzig.

Im Verlage des **Literarischen Instituts** von **Dr. M. Huttler** in **München,** Hofstatt Nr. 6, ist erschienen und durch die **Literarische Anstalt** in **Freiburg** zu beziehen:

Dr. Edgar Bauer: Die orientalische Frage und der europäische Frieden.
Ladenpreis: **1 fl. 10 kr.**

Dr. F. Perrot-Rostock: Die moderne Wirthschaftsgesetzgebung und die sogenannte sociale Frage. Ladenpreis: **28 kr.**

Greenbacks (Amerikan. Papiergeld)
nehme stets zu hohem Course
J. Schild, Bankgeschäft, **Bremerhaven.**

Für Volksschulen!

Uebungshefte für den
Systematischen Schreibunterricht.
Es erschien bis jetzt:
Deutsche Currentschrift Heft 1—9.
Englische " " " 1—4.
Rondeschrift ein Heft.
Preis 3 kr.; in Parthien mit üblichen Fr.-Ex.
Diese Hefte entsprechen einem wirklichen Bedürfniß und finden vielseitig günstige Beurtheilung von competenten Fachmännern. Die Einführung in vielen Schulen und der massenhafte Absatz beweist am besten die Vorzüge derselben, da bei richtigem Gebrauch sichere Erfolge erzielt werden; besonders bieten sie auch älteren oder überbürdeten Lehrern **bedeutende Erleichterung und Zeitersparniß.**

Vierte Auflage.
Kurzgefaßte Geographie vom Großherzogthum Baden nebst einem Abriß der deutschen Geschichte.
zur Uebung im Lesen verschiedener Handschriften von Fr. Hepting.
8°. 136 S. Preis 15 kr. auf 10 ein, auf 30 drei Frei-Exemplare.
Neben einer Auswahl von über 70 verschiedenen Original-Handschriften wird im geschichtlichen Theil zugleich dem Schüler ein übersichtlich gedrängtes Bild geboten, und schließt derselbe mit einer faßlichen und ächt patriotischen Darstellung des letzten gegen Frankreich geführten Krieges.
Verlag von
Ernst Kaufmann
in **Lahr.**
Lithographische Anstalt und Buchdruckerei.
NB. Der Bezug kann direkt oder durch den Buchhandel geschehen.

Bettunterlagen, Bandagen, Eisbeutel, Suspensorien, Luftkissen, Gummistrümpfe 2c. empfiehlt zu den billigsten Preisen **L. Grösser,** Bandagist, dem Museum gegenüber.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, den 3. Dec. 23. Vorstellung außer Abonnement. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin. In festlich erleuchtetem Hause. Zum ersten Male: **Aida.** Große Oper in 4 Akten von Verdi. Text von Antonio Ghislanzoni. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Julius Schanz. Anfang 1/2 7 Uhr.

Freitag, den 4. Dec. IV. Quart. 135 Abonnementsvorstellung. **Der geheime Agent.** Lustspiel in 4 Aufzügen von F. W. Hackländer.

Geburten.

28. Nov. Georg Johann, Vater Georg Becker, Schreiner.
29. „ Luise Katharine, Vater Sigmund Weinmann, Posamentier.
29. „ Marie Frieda, Vater Johann Gretz, Schneider.
29. „ Camilla Amalie Emilie, Vater Karl Schwindt, Hofbäcker.
30. „ Karl Wilhelm, Vater Xaver Mühlstädter, Taglöhner.
30. „ Luise Christine, Vater Friedrich Durand, Tüncher.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 2 Dez.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig.	105½ G
4½% do.	— B
4% do.	— G
Baden 5% Obligationen	105 b
4½% do.	102¼ G
4% do.	98½ B
3½% do. v. 1842	92½ b
Bayern 4½% Obl. (Rins 1jährl.)	101⅝ G
4½% „ 1856 8.½jährl.	102¼ B
4% „ 1jährl.	98 b
Württemberg 5% Obligationen	105⅝ B
4½% „	102⅜ G
4% „	— G
Nassau 4½% Obligationen	98⅞ G
3½% do.	94½ G
Sachsen 5% do.	105⅞ G
Gotha 5% do.	102½ B
Gr. Hessen 5% do.	99⅝ G
4% do.	97 G
Oesterr. 5% Silberrente S. 4⅝%	68¼ G
5% Papierrente S. 4⅝%	— G
do. do.	63¾ b
5% Ung. E.-B.-Anl. 1863	— G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	98 G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	93½ b
Belgien 4½% Obligationen	103 G
Schweden 4½% Oblig. in Thalern	98⅞ G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	93¾ B
4½% „ „	93¾ B
N.-Amerika 6% Bonds 1881r v. 1864	97¾ G
6% „ 1885r v. 1865	100½ b
5% „ 1904r 10% 1864	99¾ B
Spanien 3% neue Schuld von 1869	17½ G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 88 kr.	— G
do. leere.	— B
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	112⅜ b
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147½ B
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	387 G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1054 b
5% do. Creditactien, fl. 160	241½ b
Stuttgarter Bank	88¼ G
5% Elisabethbahn, fl. 200	201 G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	114½ G
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	183¼ G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	101¾ G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	133 b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	322 b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	87 G
3% do. do.	49⅞ b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	86 G
5% do. do. 2. Emiß.	84⅜ G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 200 fl.	85½ B
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	64 B
5% Hessische Ludwigsbahn	103⅜ B
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104¾ G
6% Central Pacific, rückz. 1898	81¼ G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	73 G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1868	53 b
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	118¾ B
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	116¾ b
Badische 35-fl.-Loose	72 G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	23¾ G
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	— b
„ 25-fl.-Loose	61¾ b
Kurhessische 40-Thaler-Loose	— G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— b
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	105 b
„ 5% 500 do. do. 1860	107⅝ b
„ 100-fl.-Loose do. 1864	170 b
Schwedische 10-Thaler-Loose	15¼ b

Finnländer 10-Thlr.-Loose	— G
Meininger 7-fl.-Loose	9½ G
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. S.	100⅞ b
Augsburg „	100 B
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅜ G
Brüssel „	95¼ B
Hamburg „	105⅛ B
Leipzig „	105 B
London „	119½ b
Mailand „	85½ G
Paris „	95⅛ G
Wien „	106¾ b
Gold und Silber.	
Pistolen	fl. 9. 41—43
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 49—51
Ducaten	„ 5. 34—36
20-Frankenstücke	„ 9. 31—32
Engl. Sovereigns	„ 11. 57—59
Russ. Imperiales	„ 9. 50—52
Dollars in Gold	„ 2 26—27

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 18.